Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am 13. September 1919 um 2 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

I. Sektion. (Sektionssitzung am Dienstag den 9. September um 2 Uhr nachm.)

Mitteilungen des Vorsitzenden.

1. (Vertraulich.) Personalansuchen.
2. Bestellung eines Theatermeisters.
3. Ernennung eines Leiters für das Arbeitsvermittlungsamt.
4. Antrag auf Verstaatlichung der städtischen Sicherheitswache.
5. Oeffentlicher Teil Beschlußfassuug über Anstellung eines Baurechnungsbeamten.
6. Genehmigung des Pachtvertrages über den Heinrich Lambergschen Schloßpark.
7. Stellungnahme zur Einführung der gänzlichen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.
8. Bericht des städtischen Wirtschaftsrates wegen Einführung von Gasthaus-Speisekarten.
9. Erlaß der Landesregierung betreffs Weiterbewilligung eines Zuschusses zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung.
10. Bericht über den Antrag auf Uebernahme des Kohlenverschleißes in Gemeinderegie.
11. a) Erhöhung der Verpflegskosten im Armenverpflegshause;
    b) Ansuchen der Oberin des Krankenhauses um ausnahmsweise Bezahlung einer Mehlrechnung aus Gemeindemitteln.
12. Beschlußfassung über:
    a) Erhöhung der Verpflegsgebühren im städtischen Gefangenhause;
    b) Erhöhung der Reinigungsgebühren;
    c) Zuweisung eines Pauschales für die weibliche Hilfskraft im städt Gefangenhause;
    d) Einstellung eines Hausgehilfen für das städtische Gefangenhaus.
13. Beschlußfassung über Zeichnung von Anteilen zur neugegründeten Gesellschaft m. b. H. in Gleink.
14. Uebernahme des Vermächtnisses des Herrn Hans Parfußer.
15. Benennung der Straßen auf der hohen Ennsleite.
16. Beschlußfassung über einen Rekurs gegen eine Armenratsentscheidung wegen Kurkostenübernahme.
17. Wahl eines zweiten Vertreters in den Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke Steyr.

II. Sektion. (Sektionssitzung am Mittwoch den 10. September um 2 Uhr nachm.)

18. Stadtkassatagebuchabschluß pro Juli 1919.
19. Stadtkassatagebuchabschluß pro August 1919.
20. Bericht über den Eingang an Lustbarkeitssteuer im II. Semester 1918.
21. Beschlußfassung betreffend die Subventionierung des deutschen Volksrates aus Gemeindemitteln.
22. Rechenschaftsbericht des Musealvereines
23. Antrag auf Schaffung einer städt. öffentlichen Volksbücherei.
24. Unterstützungsansuchen.

III. Sektion (Sektionssitzung am Mittwoch den 1. September um 1¼ Uhr nachm.).

25. Nachträgliche Genehmigung einer Subvention an die freiw. Feuerwehr zum Ankaufe einer Auto-Benzinmotorspritze.
26. Antrag auf Ausbauung der Industriehalle zwecks größerer heimischer Veranstaltungen.
27. Wahl eines Vertreters in den Wohnungsfürsorgeausschuß der Staatsbahnen.
28. Ansuchen um Parzellierung.
29. Nachträgliche Bewilligung eines Baukredites für Adaptierung des ehemaligen Plochbergerhauses in der Prevenhubergasse Nr. 8.
30. Beschlußfassung betreffend Vergebung der Bauarbeiten für den Neubau eines Wirtschaftsgebäudes zum neuen Krankenhause.
31. Beschlußfassung betreffend Vergebung der Bauarbeiten zur Fortsetzung der Bauten auf der hohen Ennsleite.
32. Beschlußfassung betreffend die Einführung des elektrischen Lichtes in die Häuser der hohen Ennsleite.
33. Beschlußfassung betreffend die elektrische Beleuchtung in der Vorstadt Wieserfeld (Stein).
34. Genehmigung der Benützung von Grundparzellen zur Aufstellung von Masten zwecks elektrischer Leitungsführung.
35. Genehmigung der Herstellung eines Kanales in der Schweizergasse bis zum Anschluß an die Mayrstiege.
36. Ansuchen des Bundes der deutschen Festbesoldeten um Uebernahme des Privatweges im Zuge der verlängerten Gabelsbergergasse gegen Ausführung der Kanalisierung ihres Hauses Nr. 9 in der Schweizergasse.
37. Ansuchen um Bewilligung der Aufstellung von Verkaufsbuden Ecke Sierningerstraße—Frauengasse.

IV. Sektion. (Sektionssitzung am Donnerstag den 11. September um 3 Uhr nachm.)

38. Stellungnahme zur Entschließung der Elternversammlung des Mädchenlyzeums betreffend Uebernahme der Anstalt in städtische Verwaltung.
39. Eingabe der Schulleitungen wegen Erhöhung der Pauschalien.
40. Wiederverleihung der Anton Rosenauerpfründe.
41. Schaffung von Stipendien für Lehrpersonen zur Ausbildung im Jugendfürsorgewesen.
42. Ansuchen um Unterstützung aus der Gremial-Krankenkassa.

Anwesende:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Josef Wokral.

Die Herren Vizebürgermeister Karl Dedic und Franz Nothhaft.

Die Herren Gemeinderäte:

Franz Aigner	Fritz Krottenau
Prof. W. Brand	Franz Kratochwill
Anton Chalupka	Alois Lebeda
Josef Eisterlehner	Michael Neuhold
Anton Frühwald	Dr. Peyrer-Angermann
Dr. Ulrich Furrer	Friedrich Schickl
Karl Fischer	Michael Schörkhuber
Anna Grömmer	Anton Schwandtner
Rudolf Hitzelhammer	Hans Witzany
Karl Klement	Gangolf Zeilinger.

Vom Magistrate: Herr Stadtbaurat Ingenieur Robert Mlinarszik.

Als Schriftführer: Protokollführer Karl Ridler.

Entschuldigt abwesend: Die Herren Gemeinderäte: Heinrich Bachmayr, Hermann Kletzmayr, Franz Tribrunner, Ludwig Reisinger und Markus Ruckerbauer, welche beruflich verhindert sind, sowie Frau G.-R. Marie Wimberger, verehel Zachhuber.

Der Herr Vorsitzende begrüßt die erschienenen Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. für eröffnet.

Zu Beglaubigern dieses Protokolles werden die G.-R. Frau Berta Kisely und Herr Franz Kratochwill gewählt.

Vor Eingehung in die Tagesordnung teilt der Herr Vorsitzende mit, daß vom Landesschulrate die Verständigung eingelangt ist, daß die fünfklassige Doppelvolksschule genehmigt, somit die Schule auf der hohen Ennsleite sichergestellt ist. (Beifall)

Die Schule kann schon in nächster Zeit eröffnet und dem Betriebe übergeben werden.

Theaterdirektor Sergl teilt mit, daß vorausgesetzt der Zustimmung des Gemeinderates das Theater bereits am 13. September l. J. eröffnet werden wird.

Wird zur Kenntnis genommen.

Der Bund deutscher Städte Oesterreichs ladet zu den für 28. d. M. in Salzburg einberufenen deutschen Städtetag ein hiezu wolle ein Vertreter entsendet werden.

Die Gewerkschaft der Angestellten der Stadtgemeinde Steyr hat für die bewilligte Notstandsaushilfe namens seiner Mitglieder ein Dankschreiben an den Gemeinderat gerichtet.

Der städt. Wirtschaftsrat hat dem Mittelstandsverein die Entsendung zweier Vertreter gestattet. Als solche werden vom Vereine die Herren Anton Kurz, Haratzmüllerstraße 50 und Leopold Schloßgangl, Johannesgasse 7, namhaft gemacht.

Weiters hat der städt. Wirtschaftsrat der kommunistischen Partei gestattet, zwei Vertreter zu entsenden; diese Partei macht die Herren Franz Reder, Mitteregasse 35 und Franz König, Ennsleite 7, namhaft.

Ferners hat die freie politische Frauenorganisation Steyr zufolge Gestattung des Wirtschaftsrates zwei Vertreterinnen namhaft gemacht und zwar: Frau Ludmilla Plottner und Frau Klara Saltric.

Schließlich wurde auch dem Waffenfabriks-Konsumverein eine Vertretung im städtischen Wirtschaftsrate zugesagt. Dieser soll durch Herrn Landerl vertreten werden.

Hiezu bemerkt der Herr Vorsitzende, daß es wünschenswert sei, daß der städtische Wirtschaftsrat eine arbeitsfähige Körperschaft bilde und keine Volksversammlung. Ein so großer Körper könne unmöglich gedeihlich arbeiten, da die Ansichten und Anträge zuviel zersplittert werden.

Die Telephonautomaten-Gesellschaft teilte mit, daß sie nach dem Kriege auch in Steyr Telephonautomaten aufstellen werde. Es steht demnach zu hoffen, daß diese nützliche Einrichtung auch hier bald eingeführt werden wird.

Die Kinder, welche in Losensteinleiten und Kammerhub untergebracht wurden, danken dem Gemeinderate für die Ermöglichung des Besuches der Ferienkolonie.

Gegen die Entscheidung des Gemeinderates wegen des Turnhallenbaues für den deutschen Turnverein wurde von der Gegenseite ein Rekurs eingebracht, welchem stattgegeben wurde. Es ist daher der seinerzeitige Gemeinderatsbeschluß hinfällig und außer Kraft gesetzt.

Weiters hat der Beschluß des Gemeinderates über die Einführung der Wertzuwachssteuer seine Aufhebung dadurch gefunden, als eine Wertzuwachssteuer für das ganze Land beschlossen wurde, welche sich annähernd in denselben Grenzen wie die vom Gemeinderate seinerzeit beschlossene Wertzuwachssteuer der Stadt Steyr bewegte. Der Ertrag derselben wird zur einen Hälfte dem Lande und zur anderen Hälfte der betreffenden Gemeinde zufallen. Von dem Betrage, welcher dem Lande zufallen hat, wird ein eigener Wohnungsfürsorgefond zu schaffen sein, der besonders dort verwendet werden wird, wo große Wohnungsnot herrscht.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Marie Wimberger hat sich mit Herrn Zachhuber vermählt. Aus diesem Anlasse wurden ihr vom Bürgermeister namens des Gemeinderates die Glückwünsche übermittelt

Die Kinder in der Werndl-Baracke haben dem Gemeinderat zu einer kleinen Feier für 13. September, 4 Uhr, eingeladen. Nachdem gerade um diese Zeit der Gemeinderat tagt, ist ein Besuch desselben nicht möglich.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingegangen.

Herr Bürgermeister bringt den von der Krankenhauskommission eingebrachten Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis.

Mit Kundmachung der Statthalterei in Linz vom 1 Jänner 1918, L.-G.-Bl. Nr. 6 und vom 18. Mai 1918, Zl. 2657, ferner der prov. Landesregierung in Linz vom 28. Februar 1919, L.-G.-Bl. Nr. 17, wurden die Verpflegskosten für das allgemeine Krankenhaus in Steyr mit 5 *K* für die III. Klasse, 9 *K* für die II. Klasse und 15 *K* für die I. Klasse bestimmt.

Diese Erhöhung fand erst nach längeren Verhandlungen statt und konnte angesichts der Tatsache, daß die Gemeinde im Jahre 1917 auf die Erhaltung des allgemeinen Krankenhauses 91.000 *K* daraufzahlte, schließlich doch nicht verweigert werden.

Doch auch diese Erhöhung vermochte das Defizit nicht zu bannen u. zw. naturgemäß, denn im Jahre 1919 sind alle Artikel bedeutend in die Höhe gegangen, so die Löhne um 50.000 *K*, die Verpflegskosten um 34.000 *K*, die Arzneikosten um 41.000 *K*, Beheizung um 25.000 *K*, die Beleuchtung um 6000 *K*, Einrichtung 28.000 *K*, Reinigung 3000 *K*, Gebäudeerhaltung 10.000 *K* und Kanzleiauslagen 5000 *K*.

Während das Defizit bezw. der Zuschuß der Gemeinde im Jahre 1917 nur 91.000 *K* betrug, betrug jener im Jahre 1918 trotz der Erhöhung der Verpflegsgebühren 107.000 *K*.

Es ist angesichts der knappen Finanzlage der Stadt nur natürlich, daß die Gemeinde außer Stande ist, für dieses Defizit auch weiterhin aufzukommen und kann eine Verpflichtung der Gemeinde hiezu umsoweniger anerkannt werden, als ein großer Teil der Kranken aus anderen Gemeinden und anderen Ländern, ja selbst aus anderen Staaten stammt.

Auch in der Gemeinde Linz liegen die Verhältnisse nicht anders, so daß die Krankenhausverwaltung dortselbst dem Magistrate den Antrag unterbreitet hat, um eine Erhöhung der Verpflegskosten bei der Landesregierung einzuschreiten und zwar auf 10 *K* in der III. Klasse, 20 *K* in der II. und 30 *K* in der I. Klasse.

Die Verhältnisse in Steyr liegen gewiß nicht anders, als wie jene in Linz und würde sich der finanzielle Effekt wie folgt darstellen:

Mehreinnahmen in der III. Klasse:

Durchschnittliche Erhöhung um 3 *K*, weil ja doch das Land wieder eine Begünstigung verlangen wird, bei 82.674 Verpflegstagen	248.022 *K*
in der II. Klasse, Erhöhung um 11 *K* bei 6281 Verpflegstagen	76.120 „
in der I. Klasse, Erhöhung um 15 *K* bei 718 Verpflegstagen	12.115 „
daher eine Mehreinnahme von	336.257 *K*
davon ab das bisherige Defizit von	107.000 „
bliebe eine Mehreinnahme von	229.257 *K*

Nun ist aber bekannt, daß die Frau Oberin bereits eine Erhöhung der Verpflegsgebühren bewilligt erhalten hat und um eine weitere eingeschritten ist, so daß bei Erhöhung der Verpflegskosten

auf 3 *K* in der III. Klasse ein Mehraufwand von	124.001 *K*
9 „ „ „ II. „ „ „ „	31.405 „
12 „ „ „ I. „ „ „ „	4.308 „
daher insgesamt ein Mehraufwand von	159.724 *K*
für die Verpflegskosten allein erforderlich wäre, es verbliebe von der Mehreinnahme von	229.257 „
nur noch ein Ueberschuß von	69.533 *K*

Wenn nun noch die Steigerung der Personalauslagen, der Arzneikosten, der Beheizung, Beleuchtung, Einrichtung, Wäscheanschaffung und Gebäudeerhaltung usw. berücksichtigt wird, so kann heute schon gesagt werden, daß mit der hiemit beantragten Erhöhung auf 10 *K* in der III. Klasse, 20 *K* in der II. und 30 *K* in der I. Klasse sich ganz gewiß auch für das Jahr 1919 ein nicht unbeträchtliches Defizit ergeben wird.

Zur Dringlichkeit des Antrages ergreift Herr G.-R. Prof. Brand das Wort und führt aus, daß die Verpflegszustände im Krankenhause infolge der stets zunehmenden Teuerung, der für die Frau Oberin nur ein Kostenansatz von 2 *K* 50 *h* per Kopf und Tag gegenübersteht, mit welchem eine ausreichende Verpflegung unmöglich mehr geboten werden könne, unhaltbar geworden sind. Nicht einmal im einfachsten Haushalte ist es möglich, mit einem so geringen Betrage eine ausreichende Verpflegung zu verabreichen. Mit der heute zu erfolgenden Bewilligung der Bezahlung einer Mehlrechnung für den Monat Juli wird die Verpflegskostenerhöhung nicht aus der Welt geschafft. Der größte Fehler liegt darin, daß uns der Landtag bisher jede entsprechende Erhöhung der Verpflegskosten verweigerte. Es muß mit allem Nachdrucke darauf gedrungen werden, daß dem Verlangen des Dringlichkeitsantrages auf Erhöhung der Verpflegsgebühren für die III. Klasse mit 8 *K* per Kopf und Tag entsprochen werde. Die Bewilligung muß rasch erfolgen, sollten nicht die Kranken an ihrer Gesundheit und die Gemeinde finanziell den schwersten Schaden erleiden.

Die Dringlichkeit des Antrages wird vom Gemeinderate einhellig angenommen.

Zum Antrage selbst erklärt Herr G.-R. Prof. Brand, daß seine vorigen Ausführungen nur zu wiederholen sind und nur erübrige, die Eingabe so rasch als möglich an die Landesregierung abgehen zu lassen. Hiebei wolle gleichzeitig die Rückwirkung auf 1. August angesprochen werden.

Herr Vizebürgermeister Dedic beantragt den Passus des Dringlichkeitsantrages, betreffend die Regulierung der Bezüge der Herren Aerzte, aus dem Antrage zu streichen.

Der Gemeinderat erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden und verweist die Erledigung der Bezüge der Sekundarärzte an die Krankenhauskommission zurück.

Der übrige Teil des Dringlichkeitsantrages wird sodann vom Gemeinderate angenommen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingegangen.

1. **Personalansuchen.** (Werden vertraulich behandelt.)

2. **Bestellung eines Theatermeisters.**

Referent Herr G.-R. Dr. Peyrer-Angermann.

Die Angelegenheit beschäftigt den Gemeinderat zum wiederholten Male und handelt es sich heute darum, den bisherigen provisorischen Theatermeister Höfner definitiv zum Theatermeister gegen ein Monatsgehalt von 100 K und freie Wohnung im Theatergebäude zu bestellen. Die Entlohnung des Theatermeisters anläßlich einer Mitwirkung desselben im Theater selbst muß einem privaten Uebereinkommen zwischen Direktor und Theatermeister überlassen bleiben.

Herr G.-R. Dr. Furrer berichtet über den von der Theaterkommission heute vorgefundenen Zustand des Theaters. Der Befund des Theaters war äußerst unzufriedenstellend. Es müsse unbedingt auch eine Theatermeister-Ordnung geschaffen werden, damit demselben eine Instruktion in die Hand gegeben werde, die im Einvernehmen mit der Feuerwehr zu geben ist. Die definitive Beschlußfassung soll daher bis zur Schaffung dieser Instruktion zurückgestellt werden, weshalb er den Vertagungsantrag stelle.

Ueber den Vertagungsantrag wird vom Herrn Vorsitzenden sogleich abgestimmt und wird derselbe vom Gemeinderate angenommen.

3. **Ernennung eines Leiters für das Arbeitsvermittlungsamt.**

Referent Herr G.-R. Prof. Brand.

Um diese Stelle sind 73 Bewerber eingeschritten, wovon bloß 9 Bewerber der Ausschreibung entsprochen haben. Die Sektion hat den Ernennungsvorschlag gründlich erwogen und sich auf den Bewerber Karl Vorderwinkler, 1894 geboren, nach Reichraming zuständig, geeinigt. Derselbe müßte allerdings in Linz erst einige Zeit praktizieren und überlasse es die Sektion dem Bürgermeister, für den Weiterbetrieb des Amtes Sorge zu treffen.

Herr G.-R. Schwandtner legt dagegen Verwahrung ein, daß wieder ein Offizier oder Unteroffizier auf diesen Posten berufen werde, da diese Personen zumeist unbeliebt seien, worauf Herr G.-R. Frühwald erwidert, daß dies bei dem Bewerber Vorderwinkler nicht zutreffe, weil derselbe als seinerzeitiger Schlosser in der Waffenfabrik selbst aus Arbeiterkreisen stamme.

Herr G.-R. Prof. Brand empfiehlt als Referent dem Sektionsantrage stattzugeben.

Der Herr Vorsitzende leitet über den Sektionsantrag die Abstimmung ein und wird derselbe vom Gemeinderate einhellig angenommen.

4. **Antrag auf Verstaatlichung der städtischen Sicherheitswache.**

Herr Vizebürgermeister Dedic übernimmt den Vorsitz.

Berichterstatter Herr Bürgermeister Wokral.

Seit längerer Zeit schweben in Wien Verhandlungen wegen Verstaatlichung der Sicherheitswachen und ist in erster Linie beabsichtigt, in Linz eine Polizeidirektion und in Steyr ein selbständiges Polizeikommissariat zu errichten. In der Sektion konnte bisher nur von der Absicht und den vom Landeshauptmannstellvertreter Langoth gemachten Gesetzentwurfe Mitteilung gemacht werden, welcher im Landtag erst zur Vorlage gebracht werden wird. Die Angelegenheit ist noch nicht völlig klar. In Linz fand am 12 d. M. eine Besprechung mit dem Polizeipräsidenten Hofrat Kunz statt, in welcher über die Größe des Polizeirayons beraten und vorläufig festgelegt wurde, daß Neuschönau, Jägerberg, Ramingsteg, Sarning, Kraxental und Unterhimmel in demselben einbezogen werden, während bezüglich Gleink noch keine Feststellung erfolgen konnte. Herr Hofrat Kunz soll am Montag den 15. d. M. zu einer neuerlichen Besprechung der Angelegenheit nach Steyr kommen und wäre es daher besser, den Erfolg dieser neuerlichen Besprechung abzuwarten, bevor der Gemeinderat in der Sache schlüssig wird. Der Punkt wird daher in Fortsetzung der heutigen Gemeinderatssitzung am Dienstag den 16. d. M. neuerlich in Verhandlung gezogen werden. Mit Rücksicht darauf, als die Angelegenheit noch keine endgültige Lösung finden kann, ersuchte Herr Bürgermeister, dieselbe vorläufig noch als vertraulich zu behandeln und über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit Stillschweigen zu bewahren.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters zur Kenntnis.

Herr Bürgermeister Wokral übernimmt wieder den Vorsitz.

5. **Beschlußfassung über die Anstellung eines Baurechnungsbeamten.**

Referent G.-R. Prof. Brand.

Von Seite des Stadtbauamtes liegt ein Bericht vor, welcher die Notwendigkeit der Anstellung eines Baurechnungsbeamten ausspricht und begründet. Die Sektion beantragt: Der Gemeinderat beschließe, die Ausschreibung der Stelle eines Baurechnungsbeamten in der X. Rangsklasse. Die Stelle sei provisorisch auf ein Jahr zu verleihen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

6. **Genehmigung des Pachtvertrages über den Heinrich Lambergschen Schloßpark.**

Referent Herr G.-R. Chalupka.

Von der Lambergschen Güterdirektion liegt die Abschrift des mit derselben geschlossenen Pachtvertrages vor, mit welchem der Schloßpark auf fünf Jahre, beginnend mit 1. August l. J. bis 31. Juli 1924 mit einem Anerkennungszinse von 50 K per Pachtjahr an die Stadtgemeinde pachtweise übergeben wurde.

Die Sektion beantragt: Der Gemeinderat wolle von dieser Pachtung Kenntnis nehmen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

7. **Stellungnahme zur Einführung der gänzlichen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.**

Referent Herr G.-R. Fischer.

Im Staatsgesetzblatte Nr. 282 vom 24. Mai 1919 wurde der Beschluß der Nationalversammlung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe kundgemacht. Die Sektion hat sich dahin ausgesprochen, daß es Zeit sei, auch für Steyr endlich die gänzliche Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen und dem langgehegten Wunsche der Handlungsgehilfen, die sicherlich ebenso gut auf einen freien Sonntag Anspruch haben, Rechnung zu tragen. Vom Handelsgremium ist allerdings ein Schreiben eingelangt, welche gegen die gänzliche Sonntagsruhe in einer längeren Ausführung Stellung nimmt. Die Sektion ist aber zu dem Entschlusse gekommen, dem Gemeinderate folgenden Sektionsantrag zur Annahme zu empfehlen.

Der Gemeinderat beschließe:

1. Die vollständige Einführung und Einhaltung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nach dem Staatsgesetzblatte vom 24. Mai 1919, Nr. 282, für die Stadt Steyr ohne Rücksicht auf die Stellungnahme und Beschlußfassung anderer oberösterreichischer Städte oder von Landgemeinden zu begehren und

2. zu verlangen, daß für die Wochentage die Geschäftssperre 6 Uhr abends, bezw. für Lebensmittelgeschäfte für 7 Uhr abends festgelegt werde.

Herr Vizebürgermeister Nothhaft führt aus:

Bei der Wichtigkeit, die dem heutigen Votum des Gemeinderates in der Frage der gänzlichen Sonntagsruhe zufallen kann, erbitte ich mir Ihre kurze Aufmerksamkeit.

Ich finde mich nämlich veranlaßt, dem soeben gehörten Antrage der I. Sektion gegenüber eine ganz entgegengesetzte Stellung einzunehmen und spreche ich dabei nicht so sehr im eigenen Interesse, als vielmehr in jenem des ganzen und großen Handels- und Gewerbestandes von Steyr.

Um jedem Mißverständnisse vorhinein zu begegnen, schicke ich voraus, daß gegen die allgemeine Einführung der Sonntagsruhe in ganz Oberösterreich Stadt und Land ohne Unterschied keine Opposition gemacht würde, so empfindlich selbe uns immerhin treffen würde.

Wir wehren uns nur entschieden dagegen, daß Steyr in die Kategorie jener Orte einbezogen wird, welchen dieselbe ganz einseitig aufoktroiert wird.

Die Landeshauptstadt Linz bleibe hier ganz außer Spiel, dort mögen schon mehr die großstädtischen Verhältnisse dieses Experiment eher gestatten.

Steyr vereinigt sozusagen Großstadt, Fabriksstadt und Landstadt unter einem Hut. Allen drei ist Rechnung zu tragen.

Die Handelsangestellten verlangen nun Gleichstellung mit ersterer, ohne zu bedenken, daß wir doch nicht in der glücklichen Lage dieser sind, welche durch vielleicht zehnfache größere Erwerbsmöglichkeiten den Ausfall des Sonntags eher überwinden kann ohne zu bedenken, daß die wenigsten von ihnen später Großkaufleute werden können und sich dann in selber schwerer Lage wie wir befinden ꝛc.

In der Mitte zwischen Stadt und Land stehen wir allenfalls hinsichtlich der Arbeiterschaft, die ihre Bedürfnisse, — wenn auch etwas erschwerter — immerhin noch unter der Woche decken kann.

Ganz und gar nicht verzichten kann der Handelsstand in Steyr aber auf die Sonntagseinkäufe der Landbevölkerung, auf welchen die Existenzmöglichkeit des Großteiles desselben geradezu aufgebaut ist.

Man komme nicht mit der Einwendung, daß es sich hiebei nur um eine alteingewurzelte Gewohnheit handle, die sich ja auch rasch ausleben werde! —

Nein, die gesamte Lebensart des Agrariers ist einmal darauf eingerichtet, sämtliche Wochentage nur seiner ländlichen Beschäftigung zu widmen und nur an Sonn- und Feiertagen sowohl seine religiösen, wie auch seine sonstigen weltlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Weiß er aber einmal an diesen Tagen auch in Steyr alle Geschäfte gesperrt, so wird er sich in den meisten Fällen überlegen, nur wegen der hl. Messe allein den vielfach mehrstündigen Marsch in unsere Stadt zu unternehmen. Dies allein kann er ja in seiner Pfarre selbst viel leichter tun.

Die andere Folge davon wird aber sein, daß auch an Sonntagen unsere Straßen immer mehr veröden und nicht nur die Handelswelt, sondern auch die zahlreichen Gewerbetreibenden jeder Kategorie, speziell die Gastwirte, Bäcker, Fleischhauer 2c. vergeblich Ausschau nach ihren alten Kunden halten werden.

Dies ist aber auch um so mehr zu bedenken, als ja auch der früher so beliebt gewesene Wochenmarkt an den Donnerstagen bereits nahezu zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist.

Da drängt sich doch schon unwillkürlich die Frage auf: „Kann sich Steyr dies wirklich leisten?"

Ich erlaube mir auch noch darauf hinzuweisen, daß gerade Steyr auch in weiterer zweifacher Hinsicht noch in ungünstigem Verhältnisse steht, u. zw. ist dies erstens seine geographische Lage und zweitens die allzu große Nähe der Landeshauptstadt Linz.

Also hinter uns fast nur Gebirgslandschaft mit spärlicher Bevölkerung und nicht allzu großer Kaufkraft, vor uns nur kurzes Flachland mit seinen schon mehr nach Niederösterreich hinziehenden Interessen. Und nebenbei noch die bequeme Erreichbarkeit von Linz, das Besserbemittelte bei viel zu viel Einkäufen, oftmals leider ganz mit Unrecht, in seine Kreise zieht. Sehr verehrte Herren! Alle diese Argumente, die ich Ihnen hiemit kurz skizziert habe, haben in den Generalversammlungen unserer Genossenschaft zu den erregtesten Debatten geführt und sind in eigentlichen schriftlichen Vorstellungen an Stadt- und Landesbehörde niedergelegt.

Es wird darinnen auch darauf verwiesen, daß bei einseitiger Sonntagssperre sehr bald in den umliegenden Ortschaften größere Geschäfte erstehen werden, die sich eine ganze Reihe bisher nicht geführter Artikel zulegen werden, die es der Landbevölkerung ermöglichen werden, ihren Bedarf dann dort zu decken, wodurch den Steyrer Geschäften neue bedeutende Verluste drohen.

Kurz nur noch übergehend auf die ziemlich ungestümen Forderungen der Gehilfenschaft möchte ich erwähnen, daß die Kaufmannschaft in dem erst kürzlich vereinbarten Kollektivvertrage mit der bedeutenden Erhöhung aller Gehaltsstufen, mit dem Achtstundentag und der bescheidenen nur zweistündigen Sonntagsarbeit von 8 bis 10 Uhr bereits die Grenze des Entgegenkommens gegangen ist und hiedurch allein schon die Gefahr besteht, daß so manche Firma unter diesem Drucke zusammenbrechen wird.

Eine Ueberspannung des Bogens halte ich aber sogar im Interesse der Gehilfenschaft für unklug, da ja diese nicht ohne Rückwirkung bliebe und bei gänzlicher Sonntagssperre gewiß auch zahlreiche Angestellte gänzlich entbehrlich würden und der rückfliegende Pfeil sie dann selbst verwundet.

Ich bin damit am Schlusse meiner Ausführungen angelangt und richte nur noch in zwölfter Stunde den Appell an Sie, sich denselben nicht zu verschließen, da jetzt nach den traurigen Friedensbedingungen nur rastlose Arbeit unsere Volkswirtschaft retten kann und durch solch hemmende Maßnahmen nur die Steuerkraft und damit auch der Staat selbst geschwächt wird.

Bei dem Umstande, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Gemeinderates nur ein paar selbständige Gewerbetreibende demselben angehören, finde ich es ja begreiflich, daß das persönliche Gefühl der Majorität mehr oder weniger den Forderungen der Gehilfen zuneigt.

Nachdem aber, wie eingangs erwähnt, das heutige Votum des Gemeinderates als solchen bei den vorstehenden Beratungen des Landtages immerhin in die Wagschale fällt, bitte ich nochmals, jede persönliche Sympathie beiseite zu stellen, und dem fast befremdenden Antrage der I. Sektion sogar ohne jede Rücksicht auf etwaige andere Verfügungen für das Land und andere Städte, in Steyr trotzdem die gänzliche Sonntagssperre zu dekretieren, ihre Zustimmung zu versagen. —

In formeller Hinsicht erlaube ich mir hiemit folgenden Gegenantrag zu stellen:

„Der löbl. Gemeinderat beschließe, in Ansehung der Gefahr, welche bei nur einseitiger Oktroierung der gänzlichen Sonntagssperre dem Großteile der Handels- und Gewerbetreibenden von Steyr droht, indem hiedurch nicht nur die Steuerkraft und der bescheidene Verdienst des Einzelnen empfindlich geschwächt, sondern teilweise sogar die Existenzmöglichkeit nicht weniger überhaupt in Frage gestellt wird, einerseits dem vorliegenden Antrage der I. Sektion die Zustimmung zu versagen, andererseits der hohen Landesregierung und dem Landtage zu empfehlen, bei den diesbezüglichen Gesetzesvorlagen auf die wohlbegründeten Wünsche und Bitten der Handels- und Gewerbetreibenden Steyrs Rücksicht zu nehmen."

Herr G.-R. Aigner erklärt sich namens der Gewerbetreibenden den Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Nothhaft vollkommen anzuschließen und bemerkt hiezu, daß die besonderen Verhältnisse Steyrs, welche zwischen Großstadt und Land liegen, wodurch ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse gegeben, die leider auch in Linz nicht verstanden werden, eine solche Einrichtung nicht zulassen. Für Linz ist es ganz begreiflich, daß dort kein Interesse herrsche, an Sonntagen die Geschäfte offen zu halten, weil dort zum allergrößten Teile en gros-Geschäfte sind. Auch den Steyrer Geschäftsleuten würde es lieber sein, wenn sie nur en gros-Geschäfte abzuwickeln hätten. So aber hat Steyr nur Detailgeschäfte, welche durch eine gänzliche Sonntagssperre vollständig unterbunden würden. Durch die Sonntagssperre wird der Zuzug vom Lande gänzlich abgeschnitten werden; es partizipieren somit nicht nur die Kaufleute, sondern auch die Gewerbetreibenden an dem Sonntaggeschäfte, weil die Landleute bekanntlich nur an Sonntagen in der Stadt die meisten Geschäfte abwickeln. Es wird der Fall eintreten, daß sich die Landkrämer in der Zukunft alle die Artikel beschaffen, die bisher nur in der Stadt erhältlich waren, die Bauern dann nicht mehr von der Stadt abhängig sind und die Stadtkaufleute zu gewöhnlichen Krämern herabsinken. Namens der Gewerbetreibenden nimmt Redner schärfstens gegen die gänzliche Sonntagssperre Stellung und erklärt, hiezu von dem Gewerbegenossenschaftsverband beauftragt zu sein. Insbesondere habe ihn auch die Genossenschaft der Friseure beauftragt, gegen die gänzliche Sonntagsruhe vorstellig zu werden, welches Gewerbe ebenso wie die Kaufleute und sonstigen Gewerbetreibenden durch eine derartige Verfügung zu Grunde gerichtet würde. Redner bemerkt hiezu, daß die Gewerbetreibenden einfach einmal das Steuerzahlen aufhören werden, wenn ihnen jede Existenzmöglichkeit unterbunden wird. Er unterstütze daher den Antrag des Herrn Vizebürgermeisters Nothhaft auf Vertagung der Beschlußfassung bezw. heute eine solche dahin zu vollziehen, daß in Steyr aus Rücksichten des öffentlichen Interesses weiterhin an Sonntagen die Geschäfte mindestens zwei Stunden offen gehalten werden.

Herr Vizebürgermeister Dedic entgegnet, daß das Friseurgewerbe eigentlich nicht zu den Handelsgewerben zu zählen ist. Die Handelsgehilfenschaft kämpfe schon fast 20 Jahre um die Sonntagsruhe und das was heute ausgesprochen wurde, sei auch schon vor 20 Jahren gesagt worden, widerspricht aber heute vollkommen dem modernen Geiste unserer Zeit. Wenn gesagt wird, daß die Kaufmannschaft durch die Einführung der Sonntagsruhe ruiniert wird, so wird dies nicht so ernst gemeint sein, denn, wenn es für den Geschäftsmann auf den Verdienst von zwei Stunden ankommen sollte, müßte es um die Geschäfte traurig bestellt sein. Man hat auch in Linz gegen die Sonntagsgeschäftssperre Manöver gemacht und heute habe man sich schon ganz darangewöhnt, ohne daß von einer Schädigung oder Benachteiligung gesprochen wird. Es ist nicht richtig, daß Linz nur en gros-Geschäfte besitze; es sind dort auch kleinere Geschäfte, die sich nur mit Detailhandel befassen und trotzdem habe man bis heute nicht gehört, daß ein solches Geschäft wegen der Durchführung der allgemeinen Sonntagsruhe zu Grunde gegangen sei. Das Gesetz schreibt übrigens die Sonntagsruhe für das ganze Land vor. Statt, daß die Kaufmannschaft keine Ausnahmen mehr dulde, verlangt sie für Steyr eine Ausnahmsstellung; wenn sie keine Ausnahme für das ganze Land verlangen würde, entfiele auch die Einwendung, daß die Landkrämer dann die Stadtkunden an sich ziehen werden. Auch ist die Einwendung nicht stichhältig, daß die Bauern nur an Sonntagen ihre Geschäfte in der Stadt abwickeln; die Bauern benützen außer den Sonntagen auch die Wochenmarkttage sowie die bei denselben noch immer eingeführten sogenannten Bauernfeiertage.

Der Gemeinderat solle sich nicht dagegen verschließen, daß auch den Handlungsgehilfen das Recht zustehe, gleich den manuellen Arbeitern die vollständige Sonntagsruhe zu begehren, welches Begehren noch dazu durch die erschienene Vollzugsanweisung des Staatsamtes bekräftigt ist.

Was die Einwendung wegen der Bäcker- und Fleischergeschäfte anbelangt, so haben diese sowieso heute nichts an die Landbewohner abzugeben und bis es soweit ist, daß sie wieder den freien Verkehr mit ihren Erzeugnissen besitzen, hat sich die Sonntagsruhe längst eingelebt.

Die Befürchtung, daß die Landkrämer die Stadtgeschäfte überflügeln würden, sei nicht zu teilen, denn es bleibe doch ein größeres Geschäft immer leistungsfähiger und je leistungsfähiger ein Geschäft ist, desto billiger wird es seine Waren absetzen können.

Es wäre daher die Festhaltung an der Sonntagsruhe zu begehren und sage ich mir, daß die zwei Stunden dem Geschäftsmann nicht soviel verdienen, um nicht darauf verzichten zu können. Der Sektionsantrag wolle daher und zwar auch mit Rücksicht auf das Staatsgesetz angenommen werden.

Herr G.-R. Schickl schließt sich den Ausführungen der Herren Vizebürgermeister Nothhaft und G.-R. Aigner an und betont, daß die Fleischhauer wegen der Wurstlieferungen und Verkauf von Selchfleisch interessiert sind. Insbesondere seien es aber die Gastwirte, die auf das Sonntagsgeschäft durch den Zuzug der Landbevölkerung angewiesen sind. Die meisten Geschäfte wickeln bekanntlich die Bauern im Gasthause ab, und würden es besonders die Gastwirte schmerzlich empfinden, wenn der Zuzug der Landbevölkerung an Sonntagen unterbunden würde. Linz und Steyr stehen in dieser Beziehung weit auseinander. Redner befürwortet wärmstens den Antrag des Herrn Vizebürgermeisters Nothhaft und ersucht um Annahme desselben.

Herr Vizebürgermeister Nothhaft erwidert auf die Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Dedic, daß gerade dadurch, daß schon 20 Jahre um die vollständige Sonntagsruhe gekämpft werde, bewiesen werde, wie wichtig hier eine Aenderung ist. Es handle sich nicht um die zwei Stunden, sondern um den Fortbestand des Geschäftslebens in der Stadt und um die Vermeidung der Unterbindung desselben. Man sieht übrigens heute schon, daß die Einschränkung auf zwei Stunden an Sonntagen ein Zusammendrängen der Kunden nach sich gezogen hat und die Ansprüche der Kunden während dieser kurzen Zeit kaum zu bewältigen sind. Es ist zweifellos, daß bei Einführung der gänzlichen Sonntagsruhe in der Stadt sich die Landkrämer entwickeln und den bisherigen Verdienst der Stadtkaufleute einsacken werden. Auch was Herr G.-R. Aigner und Herr Schickl von den Gastwirten sagte, trifft vollkommen zu. Es wolle daher der Gemeinderat einen solch weitgehenden Beschluß wohl erwägen und den Bedürfnissen der Handelswelt Steyr Rechnung getragen werden, weshalb der gestellte Gegenantrag wärmstens zur Annahme empfohlen wird.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer erklärt, daß die Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Dedic richtig verstanden werden müssen, die dahin zielen, die gänzliche Sonntagsruhe überall durchzuführen, was auf die Dauer nicht aufzuhalten sein wird. Wenn die Wirte angeführt werden, so muß wohl erwidert werden, daß die Wirte nicht einmal für die hiesige Bevölkerung was zu essen haben. Es wird durchaus kein Nachteil sein, wenn die Steyrer Bevölkerung etwas an auswärtigen Konsum ersparen könnte; die Bäcker und Fleischer können ebenfalls mit der Landbevölkerung keine Geschäfte machen; höchstens Tauschgeschäfte, die zu unterstützen aber in der heutigen Zeit nicht zu empfehlen sind. Auf die zwei Stunden an Sonntagen wird es wirklich nicht ankommen und von den Kaufleuten und Gewerbetreibenden wie so vieles während der Kriegszeit überwunden werden müssen.

Herr Bürgermeister Wokral verweist darauf, daß wohl ein Staatsgesetz über die Sonntagsruhe erschienen sei, es aber dem Landtage frei stehe, für einzelne Bezirke und Gemeinden Ausnahmen zu verfügen.

Herr Referent G.-R. Fischer bemerkt in seinem Schlußworte, daß von ihm und der Sektion von der Gegenseite vorgebrachten Einwendungen als nicht stichhältig zu bezeichnen sind, und der verzopfte Standpunkt endlich einmal aus der Welt geschafft und den berechtigten Wünschen der Handlungsgehilfenschaft Rechnung getragen werden muß. Der Beschluß bildet durchaus keine Spitze gegen die Gewerbetreibenden und wird gewiß die Zeit kommen, wo man in Steyr sagen wird, daß die ausgesprochenen Befürchtungen nicht eingetroffen sind. Der Sektionsantrag kann nur wärmstens unterstützt werden.

Herr Bürgermeister läßt über den Gegenantrag des Herrn Vizebürgermeisters Nothhaft, wie bisher die Geschäfte durch zwei Stunden an Sonntagen offen zu halten, abstimmen.

Der Gegenantrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Bei der folgenden zweiten Abstimmung über den Sektionsantrag wird derselbe vom Gemeinderate mit Stimmenmehrheit angenommen.

8. Bericht des städtischen Wirtschaftsrates wegen Einführung der Gasthaus-Speisekarte.

Referent Herr G.-R. Chalupka.

Vom städt. Wirtschaftsrate liegt ein Beschluß vor, bei der Landesregierung die Einführung der Gasthausspeisekarte im Lande Oberösterreich zu beantragen.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, bei der Landesregierung die Einführung einer Gasthausspeisekarte zur Vermeidung von Doppelversorgung für das Land Oberösterreich bezw. für das ganze Reich zu beantragen.

Herr G.-R. Aigner ersucht vor einer Beschlußfassung die Bevölkerung über das Wesen einer solchen Gasthausspeisekarte aufzuklären. Speziell die Wirtsgeschäfte sind hieran interessiert. Es wäre gewiß zu begrüßen, wenn eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung Platz greifen würde. Leider wird dies auch nicht bei Einführung der Gasthausspeisekarte möglich sein. Ein Beispiel geben Artikel, die heute schon an eine Karte gebunden sind und könne auf die Verteilung der Milch verwiesen werden, die trotz der Milchkarte keine gleichmäßige ist. Es würde von der ganzen Bevölkerung lebhaft begrüßt werden, wenn endlich eine wirklich gleichmäßige Verteilung stattfinden würde. Als Gewerbetreibender habe man öfter Gelegenheit, in Wohnungen zu kommen und dabei die Beobachtung zu machen, daß an manchen Orten große Häfen von Milch stehen, während anderwärts nicht einmal die Kranken und die kleinen Kinder einen Tropfen Milch ins Haus bekommen. Vor allem andern ist es aber notwendig, der Bevölkerung über die geplante Einführung eine Aufklärung zu geben.

Herr Referent G.-R. Chalupka erklärt, daß die Ausarbeitung einer diesbezüglichen Verordnung der Landesregierung überlassen werde, der nicht vorgegriffen werden wolle. Der Sektionsbeschluß könne daher ruhig angenommen werden, da derselbe nur die gute Absicht verfolge, die bestehenden Doppelversorgungen in den Gasthäusern zu verhindern.

Herr G.-R. Dr. Peyrer spricht sich für die Ablehnung des Sektionsantrages aus, jedoch nicht wegen der Tendenz desselben, sondern weil tatsächlich eine nähere Erörterung desselben im Wirtschaftsrate noch erforderlich erscheint. Bis die verlangte Verordnung erscheinen würde, würden sicher zwei Jahre vergehen und bis dahin sei hoffentlich die Zeit so gestaltet, daß auf Karten verzichtet werden könne.

Herr Referent G.-R. Chalupka erwidert, daß die Annahme des Antrages dennoch nichts verschlage und die Oeffentlichkeit daraus entnehmen könne, daß der Wirtschaftsrat und Gemeinderat jederzeit bestrebt ist, für die gerechte Verteilung zu sorgen.

Herr Bürgermeister Wokral läßt sohin über den Sektionsantrag abstimmen, welcher vom Gemeinderate angenommen wird.

9. Erlaß der Landesregierung betreffs Weiterbewilligung eines Zuschusses zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung.

Referentin Frau G.-R. Kiselý.

Die Sektion stellt auf Grund der Zuschrift der Landesregierung vom 15. Mai 1919, Zl. 3416/12, den Antrag:

Der Gemeinderat bewillige den bisherigen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer der staatlichen Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

10. Bericht über den Antrag auf Uebernahme des Kohlenverschleißes in Gemeinderegie.

Referent: Herr G.-R. Fischer.

Wie erinnerlich, haben die hohen Forderungen der Kohlenhändler auf einen 40prozentigen Gewinn seinerzeit veranlaßt, einen Antrag auf Uebernahme des Kohlenverschleißes in eigener Regie anzunehmen. Mittlerweile ist eine Klärung eingetreten, als die Kohlenhändler erklären, daß die Anrechnung eines 40prozentigen Gewinnes auf einen Rechenfehler beruhte und sie sich mit 20 Prozent zufrieden geben werden.

Die Sektion beantragt daher: Der Gemeinderat beschließe mit Rücksicht auf die Erklärung der Holzhändler, sich mit einem 20prozentigen Gewinn zufrieden zu geben und daß die Einstellung eines 40prozentigen Gewinnes auf einen Rechenfehler beruht, vorläufig von der Durchführung der Uebernahme des Kohlenverschleißes in Gemeinderegie abzusehen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

11. a) Erhöhung der Verpflegskosten im Armenverpflegshause.

Referentin Frau G.-R. Kiselý.

Die Frau Oberin des Armenverpflegshauses hat um Erhöhung der Verpflegskosten angesucht und begründet dies mit den bestehenden steigenden Teuerungsverhältnissen. Der Armenrat hat in seiner Sitzung am 9. September der Erhöhung auf 2 K 50 h pro Kopf und Tag zugestimmt und geht auch der Sektionsantrag dahin, der Erhöhung auf 2 K 50 h durch den Gemeinderat zuzustimmen.

Der Sektionsantrag wird angenommen.

Weiters hat die Frau Oberin um die Nachzahlung für 6.9 Kg. Mehl zum Betrage von 2719 K 72 h, welchen sie nicht zu leisten vermag, angesucht. Der Armenrat hat die Nachzahlung bewilligt und beantragt die Sektion, die Bewilligung der Nachzahlung durch den Gemeinderat.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

11. b) Ansuchen der Frau Oberin des Krankenhauses um ausnahmsweise Bezahlung einer Mehlrechnung aus Gemeindemitteln.

Referentin Frau G.-R. Kiselý.

Die Frau Oberin des Krankenhauses hat gleichfalls um die Bezahlung einer Mehlrechnung im Betrage von 5315 K 82 h angesucht, da sie diese aus den ihr zukommenden Verpflegskosten nicht bestreiten vermag.

Die Sektion beantragt: Der Gemeinderat bewillige ausnahmsweise die Zahlung der Mehlrechnung für die Zeit vom 28. Juli bis 3. August für das neue Krankenhaus mit 5315 K 82 h und für das alte Krankenhaus (St. Anna) mit 2528 K 77 h aus Gemeindemitteln.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

Herr G.-R. Chalupka nimmt auf den Beschluß der Krankenhauskommission Bezug, welcher die Bitte der Frau Oberin, auch für August und September die Mehlrechnungsbezahlung zu bewilligen, befürwortet, worauf der Herr Vorsitzende erklärt, daß hierüber ein Ansuchen nicht vorliege und über ein solches nicht verhandelt werden könne. Der Frau Oberin stehe es frei, auch für die Monate August und September anzusuchen, welches Ansuchen sodann der Krankenhauskommission zur Antragstellung zugewiesen würde.

12. Beschlußfassung über:

a) Erhöhung der Verpflegsgebühren im städt. Gefangenhause;
b) Erhöhung der Reinigungsgebühren;
c) Zuweisung eines Pauschales für die weibliche Hilfskraft im städt. Gefangenhause und
d) Einstellung eines Hausgehilfen für das städt. Gefangenhaus.

Referentin Frau G.-R. Kiselý.

Der Leiter des Gefangenhauses Gefangenhausinspektor Hinterreitner hat ein Gesuch eingebracht, worin er um die im Punkte angegebenen Erhöhungen bittlich wird.

Die Sektion beantragt: Der Gemeinderat beschließe,
1. die Erhöhung der Verpflegsgebühren auf 2 *K* 50 *h* pro Kopf und Tag;
2. die Erhöhung des Reinigungspauschales auf 40 *h* und
3. die Erhöhung des Pauschales für die weibliche Hilfskraft auf 600 *K* per Jahr zu bewilligen.

Die Einstellung eines Hausarbeiters wird abgelehnt.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

13. Beschlußfassung über Zeichnung von Anteilen zur neugegründeten Gesellschaft m. b. H. (Gleink).

Die Beschlußfassung über diesen Punkt wird auf Dienstag den 16. September vertagt und das Bauamt beauftragt, bis dahin einen entsprechenden Bericht über die nicht genügend bekannten Besitzverhältnisse der Stadtgemeinde an dem Hause Nr. 13 in Hausleiten vorzulegen.

14. Uebernahme des Vermächtnisses des Herrn Hans Parfußer.

Referent Herr G.-R. Chalupka. 21374

Herr Hans Parfußer hat für die Stadtgemeinde ein Vermächtnis mit der Weisung zur Errichtung einer „Kassendirektor Hans Parfußer'schen Stipendien-Stiftung" hinterlassen.

Die Sektion beantragt: Der Gemeinderat nehme die Legate dankend an und beauftrage den Magistrat, den bezüglichen Stiftbrief auszuarbeiten.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

15. Benennung der Straßen auf der hohen Ennsleite.

Referent Herr G.-R. Fischer.

Zu diesem Punkte liegen uns noch nicht genügende Vorschläge vor, weshalb die Angelegenheit auf die fortzusetzende Sitzung vertagt werden wolle.

Angenommen.

16. Beschlußfassung über einen Rekurs gegen eine Armenratsentscheidung wegen Kurkostenübernahme.

Referent Herr G.-R. Fischer. 15621

Franz Staudinger hat gegen die Entscheidung des Armenrates, welcher mangels verfügbarer Mittel und bei dem Umstande, als der Rekurrent einen entsprechenden Verdienst bezieht, sich zur Kurkostenübernahme für die Frau des Rekurenten ablehnend verhalten hat, den Rekurs rechtzeitig eingebracht, worüber nun der Gemeinderat zu entscheiden hat.

Die Sektion beantragt, den Rekurs in Uebereinstimmung mit dem Armenratsbeschlusse abzuweisen, jedoch festzulegen, daß es dem Gesuchsteller freistehe, nach Bezahlung der Kurkosten unter Nachweis seiner Dürftigkeit um eine Unterstützung anzusuchen und erklärt sich der Gemeinderat bereit, nach Vorlage der Rechnungen eine Unterstützung wenn tunlich zu gewähren.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

17. Wahl eines zweiten Vertreters in den Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke Steyr.

Referent Herr G.-R Chalupka. 8754

Von der Sektion wurde als zweiter Vertreter Herr Vizebürgermeister Mayrhofer, welcher ob seiner Fachkenntnisse hiezu die beste Eignung besitzt, vorgeschlagen. Der Gemeinderat wird ersucht, diesem Vorschlage zuzustimmen.

Herr G.-R. Prof. Brand schlägt als zweiten Vertreter Herrn G.-R. Schickl vor, welcher sich um die Interessen der Bevölkerung und Beleuchtungsverhältnisse seither besonders angenommen habe, und stellt den bezüglichen Gegenantrag.

Der Gegenantrag wird vom Herrn Vorsitzenden zur Abstimmung gebracht und derselbe vom Gemeinderate mit 14 Stimmen angenommen

Herr Bürgermeister Wokral bringt den Wunsch von Gemeinderäten, mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung eine Teilung der Sitzung vorzunehmen, zur Kenntnis und schlägt vor, die Verhandlungen der II. und IV. Sektion auf Dienstag den 16. September zu vertagen und heute noch die Tagesordnung der III. Sektion soweit man komme und sie die wichtigsten Gegenstände betrifft, sowie die Personalansuchen, da die Besetzungen der Schuldienerposten dringlich seien, in Verhandlung zu ziehen.

Der Vorschlag wird vom Gemeinderate einhellig angenommen.

III. Sektion.

25. Nachträgliche Genehmigung einer Subvention an die freiw. Feuerwehr zum Ankaufe einer Auto-Benzinmotorspritze.

Referent Herr G.-R. Dr. Furrer. 16136

Das Ansuchen der Feuerwehr wurde in der Sektion eingehend beraten. Die Anschaffung einer Auto-Benzinmotorspritze ist für die Stadt Steyr eine unbedingte Notwendigkeit, nachdem wir mit Terrainschwierigkeiten zu kämpfen haben und mit unserer Dampfspritze nicht überall so rasch als notwendig hinkommen können. Aus dem Verkauf der durch die Anschaffung dieser Motorspritze entbehrlich werdenden Löschrequisiten kann ein nennenswerter Erlös erzielt werden, welcher an die Stadtkassa abzuführen ist. Der Antrag der Sektion lautet: Der Gemeinderat beschließe, den Beschluß der III. Sektion vom 1. August l. J. auf Gewährung einer außerordentlichen Subvention im Betrage von 100.000 *K* an die freiw. Feuerwehr Steyr zur Anschaffung einer Auto-Benzinmotorspritze gegen Rückerstattung des Erlöses aus dem Verkaufe des durch diese Neuanschaffung entbehrlich werdenden Materiales im Interesse der öffentlichen Sicherheit und in Anbetracht der bisher völlig unzureichenden Subventionierung der freiw. Feuerwehr die nachträgliche Genehmigung zu erteilen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate einhellig angenommen.

26. Antrag auf Ausbauung der Industriehalle.

Referent Herr G.-R. Frühwald. 20756

Die Industriehalle ist seit Jahren für öffentliche Zwecke unverwendbar und bedarf einer Ausgestaltung, damit sie Sommer und Winter den öffentlichen Bedürfnissen entsprechen kann. Die Sektion beantragt daher: Der Gemeinderat beschließe, die Industriehalle vollkommen auszubauen und den Auftrag zur Durchführung desselben und Einleitung der erforderlichen Schritte zu geben

Herr G.-R. Schickl verweist darauf, daß ihm von einem solchen Antrag der Sektion nichts bekannt sei, vielmehr in der Sektion beschlossen wurde, die Anlage eines Eislaufplatzes und eines Spielplatzes bei der Industriehalle zu beantragen, damit dieselbe einen Zuzug erhalte. Der Sektionsantrag habe daher zu lauten: Der Gemeinderat beschließe die Bewilligung der Errichtung eines Eislaufplatzes und Spielplatzes in Anbetracht der herrschenden Arbeitslosigkeit. In der Sektion wurde auch davon gesprochen, daß für heuer noch der Eislaufplatz in Neuschönau in Pacht genommen werden solle. Die Kosten von 260 000 *K* ständen nämlich in keinem Verhältnisse zu dem Bedürfnisse von heute.

Herr Bürgermeister Wokral bemerkt hiezu, daß die Sektion dahin einig war, daß von einer Ausgestaltung der Industriehalle vorläufig abzusehen sei, daß aber ein Platz vor der Industriehalle zu einem Eislaufplatz bezw. Spielplatz umgewandelt werden soll.

Herr G.-R. Schickl entgegnet, daß der Gemeindesäckel sich die Ausgabe von 260.000 *K* heuer nicht leisten könne und möge daher für heuer noch der Eislaufplatz von Janitschek in Pacht genommen werden. Man wisse auch nicht, ob der Eislaufplatz für den heurigen Winter bei der Industriehalle noch fertig werden würde, so daß die Gemeinde gar keine Garantien für eine Verzinsung des auszulegenden Kapitales besitze. Wenn für heuer der Eislaufplatz in der Neuschönau gepachtet würde, könnte man sich vorläufig um das nötige Geld und Subventionen der beteiligten Jugendvereine kümmern. Für nächstes Jahr könnten die Anlagekosten durch Verringerung der wahrscheinlich bis dahin sinkenden Arbeitslöhne verbilligt werden. Ich stelle daher den Gegenantrag, dem Antrage der Sektion auf Errichtung eines Eislaufplatzes bei der Industriehalle nicht zuzustimmen, sondern bei Janitschek in Neuschönau den Eislaufplatz zu pachten und erst im nächsten Jahre an die Errichtung eines Eislaufplatzes bei der Industriehalle zu schreiten.

Herr G.-R. Prof. Brand wendet sich dagegen, daß solche Ausgaben ohne vorherige Anhörung der Finanzsektion beschlossen werden sollen. Die Finanzsektion sei berufen, für die außerordentlichen Ausgaben eine Deckung zu suchen. Es sei leider Regel, daß mit Beseitigung der Finanzsektion Ausgaben bewilligt werden. Im Landtag ist die Sache anders. Persönlich sei er entschieden dafür, daß für Sportzwecke etwas geschaffen werde; die Angelegenheit wäre aber der Finanzsektion zur Antragstellung zurückzuweisen.

Herr G.-R. Steinbrecher verweist darauf, daß der Ausbau der Industriehalle sehr notwendig wäre, da Steyr kein einziges Lokal besitzt, welches großen vereinigten Veranstaltungen Platz bieten könne. Dem Antrage des Herrn G.-R. Prof. Brand sei vollkommen zuzustimmen, damit über die Wirkung des Sektionsantrages ein Ueberblick gewonnen werden könne.

Herr Baurat Mlinarsik berichtet über die bestehenden Absichten, nach welchen es vorerst darum zu tun sei, daß die Industriehalle zu einem Vereinigungszentrum der Bevölkerung herausgebildet werde. Die technische Durchführung der Ausgestaltung zu einem tauglichen Vergnügungs- und Versammlungsetablissement werde viel Geld verschlingen. Diese Maßnahmen lassen sich momentan nicht durchbringen. Dafür hat sich der Jugendverein vorerst darum angenommen, um auf dem Platze vor der Industriehalle Sportplätze zu errichten, damit sich das Publikum einmal an die ihr heute noch mehr oder weniger fremde Industriehalle gewöhnt. Der Aufwand von 260.000 *K* für die Errichtung eines Eislaufplatzes spiele hiebei nicht die größte Rolle, weil die Amortisierung desselben, durch Subventionen und beliebte Veranstaltungen gesichert werden könne. Ein Eislaufplatz ist bekanntlich ziemlich rentabel, so daß das Geld nutzbringend angelegt erscheine. Die Ursachen, warum von der Sektion die Anlage eines Eislaufplatzes befürwortet werde, sind: 1. sportliche Ausgestaltung des Platzes, welche das Mittel zum Zwecke sein wird, die Bevölkerung für die Industriehalle zu gewinnen und 2. in der Folge eine Ausgestaltung der Industriehalle zu großen Veranstaltungen in die Wege zu leiten.

Ueber die Konjunktur des nächsten Jahres kann heute gar nichts gesprochen werden.

Herr Vorsitzender läßt in der Sitzung mit Rücksicht auf die Vorführung der Auto-Benzinmotorspritze durch die Feuerwehr am Kai eine Pause von fünf Minuten eintreten und verläßt die Sitzung.

Den Vorsitz übernimmt Herr Vizebürgermeister Nothhaft.

Herr Vizebürgermeister Dedic: „Bezüglich der Errichtung dieses Eislaufplatzes habe auch ich wegen der hohen Kosten anfänglich Bedenken gehabt. Später bin ich jedoch zur Ueberzeugung gelangt, daß wir mit Rücksicht auf unsere große Zahl der Arbeitslosen, wovon fast 800 Personen Erdarbeiter sind, Arbeit schaffen müssen. Wir sind auch an das Staatsamt für soziale Verwaltung wegen Unterstützung unseres Bestrebens herangetreten und können wir mit Rücksicht auf die Verzinsung des Anlagekapitales eigentlich von einer Belastung der Gemeinde durch die Bewilligung der 260.000 *K* nicht gut sprechen. Ich würde daher ersuchen, dem Sektionsantrage, der hauptsächlich wegen Beseitigung der Arbeitslosigkeit gestellt wurde, zuzustimmen."

Herr G.-R. Klement spricht sich ebenfalls im Sinne des Vorredners aus und stimmt den Ausführungen des Herrn Baurates, die Industriehalle nach der geäußerten Absicht zu einem künftigen Mittelpunkte zu gestalten. Es wäre sehr wünschenswert, wenn nicht wieder Verschiebungen und Verzögerungen herbeigeführt würden, da für die Arbeitslosen unbedingt rasch Arbeit beschafft werden muß; die Arbeitslosigkeit würde für den kommenden Winter eine Kalamität bedeuten. Redner befürwortet den Antrag, die Errichtung eines Eislaufplatzes und ersucht den Gemeinderat, in diesem Sinne auch die Arbeitslosigkeit zum Wesentlichsten wegzuschaffen.

Herr G.-R. Dr. Furrer erinnert daran, daß die Sektion sich im allgemeinen für die Errichtung eines Sportplatzes und nicht speziell für einen Eislaufplatz aussprach. Auch verweist Redner auf einen Erlaß des Staatsamtes, welcher Unterstützungen für solche Unternehmungen zusichert. Namens seiner Partei erklärt Redner grundsätzlich für die Errichtung von Sportplätzen zu sein.

Herr G.-R. Lebeda verweist darauf, daß es für die Steyrer Jugend eine unabweisliche Notwendigkeit sei, Sportplätze benützen zu können. Es sei allgemein bekannt, in wie mangelhaften Wohnungen der größte Teil unserer Jugend infolge der Wohnungsnot heute untergebracht ist, so daß der Jugend die Zufuhr frischer Luft und eine sportliche Betätigung in derselben eine sanitäre Notwendigkeit ist. Der Antrag der Sektion sei daher nur wärmstens zu befürworten.

Es sprechen noch die Herren G.-R. Prof. Brand, Vizebürgermeister Dedic, G.-R. Lebeda, worauf Herr Vorsitzender Vizebürgermeister Nothhaft bemerkt, daß von dem eigentlichen Punkte der Tagesordnung abgewichen wurde, da der Punkt der Tagesordnung „Antrag auf Ausbauung der Industriehalle" laute, und die Schaffung eines Eislaufplatzes eigentlich nur als Wunsch ausgesprochen werden könne.

Herr G.-R. Lebeda beantragt, an dem Antrage der Sektion eine stilistische Aenderung vorzunehmen, die dahin gehe: Die Sektion beantragt, der Gemeinderat beschließe einen allgemein zugänglichen Spiel- und Sportplatz bei der Industriehalle zu errichten, der im Winter ein einwandfreier Eislaufplatz sein soll, womit auf die allgemeine Benützung der Industriehalle und deren Ausgestaltung eingewirkt werden solle.

Herr Vorsitzender Vizebürgermeister Nothhaft erklärt, sich dieser Formulierung des Antrages anschließen zu können.

Herr G.-R. Prof. Brand bringt mit Rücksicht auf die am Dienstag den 16. September fortzusetzende Sitzung des Gemeinderates den Vertagungsantrag ein, bis zu welcher Zeit sich auch die II. Sektion damit beschäftigen könne.

Der Herr Vorsitzende läßt über den Vertagungsantrag abstimmen und wird derselbe vom Gemeinderate mit Mehrheit angenommen.

Herr Vizebürgermeister Dedic übernimmt den Vorsitz.

27. Wahl eines Vertreters in den Wohnungsfürsorgeausschuß der Staatsbahnen.

Referent Herr G.-R. Frühwald.

Die Sektion schlägt als Vertreter des Gemeinderates in den Wohnungsfürsorgeausschuß der Staatsbahnen Herrn G.-R. Baumgartner vor.

Der Sektionsvorschlag wird einhellig angenommen.

28. Ansuchen um Parzellierung.

Referent Herr G.-R. Schickl. 27255

Es handelt sich um die Parzellierung der Gründe des Herrn Sommerhuber. Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, dem Antrage des Bauparzellenbewerbers Herrn Sommerhuber auf Teilung seiner Gründe in der Posthofstraße nach dem Vorschlage des Bauamtes die Verbauung dermalen nur bis zur Vermarkung des Baublocks XV und XIII zu gestatten, um der Trassenführung der elektrischen Bahn St. Florian—Steyr an dieser Stelle keine Schwierigkeiten zu bereiten, zuzustimmen.

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen.

29. Nachträgliche Genehmigung eines Baukredites für Adaptierung des ehemaligen Plochbergerhauses in der Prevenhubergasse 8.

Referent Herr G.-R. Aigner. 15355/10

Wie erinnerlich, wurde von der Stadtgemeinde das ehemalige Plochbergerhaus in der Prevenhubergasse angekauft und soll dort nunmehr das Bauamt untergebracht werden, was raschestens zu geschehen hat. Die Sektion hat die Bewilligung des erforderlichen Baukredites bereits gewährt und ersucht den Gemeinderat um die nachträgliche Genehmigung desselben. Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat genehmige nachträglich die von der Bausektion verfügte Inangriffnahme der Bauarbeiten und Bewilligung des Baukredites per 94.000 *K* für die Adaptierungen im Hause Prevenhubergasse 8.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate einhellig angenommen.

30. Beschlußfassung betreffend Vergebung der Bauarbeiten für den Neubau eines Wirtschaftsgebäudes zum neuen Krankenhause.

Referent Herr G.-R. Dr. Furrer.

In der Krankenhauskommission wurde auf die Dringlichkeit des Baues eines Wirtschaftsgebäudes wiederholt hingewiesen und auch die Ausschreibungen des Baues veranlaßt. Der Herr Referent bringt das Ergebnis dieser Ausschreibung zur Kenntnis. Die Sektion mußte leider sagen, daß mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt, welche nur ein Kapital von 1,500 000 *K* Barvermögen besitzt und wovon eine Million an spezifische Fonds gebunden sind, keine Mittel besitzt, diese Bauausführung dermalen in Angriff zu nehmen und zu folgendem Sektionsantrage gekommen ist: Der Gemeinderat beschließe, die Angriffnahme der Arbeiten zur Schaffung eines Wirtschaftsgebäudes zum neuen Krankenhause mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen Kosten derselben, bis zum Wiedereintritte günstigerer Verhältnisse zurückzustellen; hingegen muß getrachtet werden, daß die vorhandene Heizungsanlage bis 1. Oktober l. J. in betriebsfähigem Zustand gesetzt werde.

Hiezu bemerkt der Herr Referent, daß die Heizungsanlage unbedingt fertiggestellt werden müsse und auch bereits die nötigen Schritte hiezu unternommen sind. Es wird aber die fertiggestellte Heizanlage nichts nützen, wenn die Kohlen hiefür nicht gesichert werden. Bezüglich der Wasserenthärtungsanlage ist in den Adaptierungen nichts vorgesehen.

Herr Baurat Mlinarszik erklärt hiezu, daß diese von Herrn Vizebürgermeister Mayrhofer abgelehnt worden sei und die Firma Körting sich bereit erklärt habe, die Heizanlage so in Stand zu setzen, daß durch Auswechslung der Rohre und Kessel ein betriebsfähiger Zustand der Heizanlage hergestellt werde.

Der Antrag der Sektion wird sodann vom Gemeinderate angenommen.

31. Beschlußfassung betreffend Vergebung der Bauarbeiten zur Fortsetzung der Bauten auf der hohen Ennsleite.

Referent Herr G.-R. Dr. Furrer.

Der Herr Referent berichtet über das Ergebnis der Ausschreibungen. Das Gesamterfordernis würde sich auf 4,745.699 *K* stellen, worin aber noch die Kosten der Gebäudeerhaltung inbegriffen seien. Die Baukosten zu den Ausführungen der 22 Häuser würde gar 8,650 000 *K* erfordern, wodurch 286 Wohnungen, welche je auf 30.000 *K* zu stehen kommen würde, gewonnen würden, so daß die Amortisierung pro Wohnung 900 *K* erfordern würde. Zu diesem Aufwande wollen die Arbeiter nur einen Zins von 432 *K* entrichten; die Waffenfabrik hat sich zu einem jährlichen Zuschuß von 144 *K* bereit erklärt, so daß die Gemeinde den Rest von 324 *K* pro Wohnung jährlich für Amortisierung des aufgewendeten Kapitales zu leisten hätte. Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde gestatten es nicht, sich in eine so langjährige Belastung einzulassen und bemerkt die III. Sektion dazu, daß die Gemeinde ja nicht Schuld sei, daß die Gebäude nicht ausgebaut und ihrem Zweck vom Staate aus nicht zugeführt wurden. Die Sektion beantragt daher: Trotzdem die Bausektion sich vollkommen bewußt ist, daß die weitere Preisgabe der Millionenwerte repräsentierenden Objekte auf der hohen Ennsleite den Witterungs- und sonstigen zerstörenden Einflüssen aus wirtschaftlichen Gründen mit allen Mitteln verhindert werden sollte und die notorische Wohnungsnot einerseits und die zahlreichen höchst minderwertigen Wohnungen vieler Bewohner andererseits gebieterische Abhilfe verlangen, konnte sie sich in Anbetracht der hohen Kosten und der gegenwärtigen speziell für Bauarbeiten allerungünstigsten Zeit, sowie der Unklarheit der Frage hinsichtlich der Erwerbung bezw. Reservierung der Häuser nicht zu einem bestimmten Antrage entschließen, sondern sieht sich veranlaßt, diese Angelegenheit der Entscheidung des Gemeinderates in seiner Gänze vorzubehalten.

Herr G.-R. Frühwald erklärt, daß es allerdings richtig sei, daß die zweihundert Arbeiterwohnungen, die hauptsächlich für die heutigen Barackenbewohner in Frage kämen, die Wohnungsnot in der Stadt beheben werden; es müsse aber darauf hingewiesen werden, daß durch die Fertigstellung der Häuser in ganz besonderer Weise der Arbeitslosigkeit gesteuert werden würde. Ein Verlust dürfte für die Gemeinde durch Uebernahme der Bauten kaum entstehen, als sich nach

Fertigstellung Käufer finden werden. Es könnte auch das liquidierende Ministerium mit dem Preise noch heruntergehen und da es sich um ein Volksvermögen handet, steht der Gemeinde das Recht auf die bestehenden Gebäude zu. Wenn die Gebäude im kommenden Winter nicht ausgebaut sind, wird ein sehr bedeutender nicht gut zu machender Verlust entstehen; ich stelle daher den Antrag, die Bauarbeiten auf der Ennsleite in Angriff zu nehmen.

Herr Vizebürgermeister Dedic bemerkt hiezu, daß der Gemeinde wohl das Recht zustehe, die bestehenden Objekte zu schützen, nicht sie aber auf eigene Lasten auszubauen.

Herr G.-R. Witzany erklärt, daß er sich persönlich in der Angelegenheit bei allen maßgebenden Stellen bemüht habe, um von dem Kaufpreise etwas herunterzuhandeln. Nach dem Stande und dem Ergebnisse dieser Bemühungen könne nur beantragt werden, die Vollendung der Häusergruppe auf der hohen Ennsleite, da diese finanziell nicht möglich ist, dermalen abzulehnen, doch wird der Bürgermeister beauftragt, im Einvernehmen mit der Hauptstelle für Sachdemobilisierung, sowie dem Staatsamte für soziale Verwaltung, die Vollendung der halbfertigen Bauten auf eine Art durchzuführen, die die Stadtgemeinde zur Durchführung der Vollendung finanziell befähigt.

Herr Vizebürgermeister Nothhaft bemerkt, daß die Verhandlungen schon auf eine Zeit zurückgreifen, wo er noch nicht im Amte war, daher keine Gelegenheit hatte, die Sache eingehend zu studieren. Sicher sei es jedoch, daß hier eine dauernde Belastung für 30 bis 40 Jahre vorliege. Den verfahrenen Karren wird auch die Gemeinde nicht herausziehen können und ist die Angelegenheit für die Gemeinde als ein gefährliches finanzielles Experiment zu halten. Redner beantragt die Ablehnung des Antrages des G.-R. Frühwald und wünscht ein Herantreten an die Staatsämter.

Herr Vizebürgermeister Dedic schlägt vor, für heute die Ausbauung der Häuser abzulehnen, dafür aber an das Staatsamt für soziale Verwaltung und den übrigen in Betracht kommenden Staatsämtern das Ansuchen zu unterbreiten, daß mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Stadt und der geringen Rentabilität dieser Bauten auf Staatskosten diese Bauten ausgeführt werden.

Herr G.-R. Frühwald beantragt, daß der Gemeinderat beschließeu möge, daß Arbeiten zur Ausführung der Bauten durchgeführt werden. Der vorgeschlagene Weg sei viel zu langwierig; bis zur Erledigung seien die Gebäude über den Winter derart schwer geschädigt, daß die Kosten der Ausbauung nur noch höhere werden. Jedenfalls müssen die unfertigen Häuser den wartenden Parteien raschestens zugänglich gemacht werden.

Herr Vorsitzender Vizebürgermeisters Dedic resumiert, daß nunmehr zwei Anträge vorliegen, von denen der weitergehende der Antrag des Herrn Vizebürgermeisters Nothhaft ist, über welchen die Abstimmung einzuleiten sei.

Der Antrag des Herrn Vizebürgermeisters Nothhaft wird mit Mehrheit angenommen und das Amt beauftragt, sofort die weiteren Schritte bei den Staatsämtern einzuleiten.

32. Beschlußfassung betreffend Einführung des elektrischen Lichtes in die Häuser der hohen Ennsleite.

Zu diesem Punkte wird von Herrn G.-R. Dr. Peyrer mit Rücksicht auf die offene Frage über die Erwerbung und Ausbauung der Häuser auf der hohen Ennsleite der Vertagungsantrag gestellt, welcher vom Gemeinderate mit Mehrheit angenommen wird.

Herr G.-R. Schwandtner ersucht, die öffentliche Beleuchtung so umzulegen, daß nicht die Dächer, sondern die Straßen beleuchtet werden.

33. Beschlußfassung über die Einführung der elektrischen Beleuchtung der Vorstadt Wieserfeld (Stein).

Referent Herr G.-R. Zeilinger. 42551

Herr Referent berichtet über die Verhandlungen im Beleuchtungskomitee und in der Sektion und stellt den Sektionsantrag: Der Gemeinderat beschließe, das Elektrizitätswerk zu beauftragen, den Ausbau des Leitungsnetzes im Bezirke Stein nach § 16 des Elektrizitätsvertrages sogleich in Angriff zu nehmen und bis 15. Oktober fertigzustellen, wobei die Stadtgemeinde die minimale Strommenge garantiert. Hinsichtlich der öffentlichen Beleuchtung wird der vom Elektrizitätswerke vorgelegte Kostenvoranschlag angenommen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen

Die übrigen Punkte der Tagesordnung mit Ausnahme des Punktes 1 „Personalansuchen" werden zur Verhandlung auf Dienstag den 16. d. M. vertagt und hierauf die Sitzung um 6 Uhr 30 Min. abends geschlossen.

Die Vorsitzenden:

Die Beglaubiger:

Der Schriftführer:

Rats-Protokoll

über die

Fortsetzung der Gemeinderatssitzung am 16. September 1919

um 2 Uhr nachmittags.

Anwesende:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Josef Wokral.

Die Herren Vizebürgermeister Karl Dedic und Johann Mayrhofer.

Ferner die Herren Gemeinderäte:

Franz Aigner	Franz Kratochwill
Heinrich Bachmayr	Alois Lebeda
Johann Baumgartner	Michael Neuhold
Josef Eisterlehner	Markus Ruckerbauer
Karl Fischer	Alfred Rudda
Dr. Ulrich Furrer	Alois Saiber
Anna Grömmer	Friedrich Schickl
Rudolf Hitzelhammer	Michael Schörkhuber
Karl Klement	Leopold Steinbrecher
Fritz Krottenau	Anton Schwandtner
Berta Kisely	Hans Witzany

Vom Magistrate: Herr Bezirkskommissär Alfred Edlmayr.

Vom Bauamte: Herr Stadtbaurat Robert Mlinarszik.

Als Schriftführer: Protokollführer Karl Ridler.

Entschuldigt abwesend: Die Herren Gemeinderäte: Vizebürgermeister Franz Nothhaft, Dr. Peyrer-Angermann, Franz Tribrunner, Ludwig Reisinger, Anton Frühwald, Prof. Brand und Hermann Kletzmayr.

Herr Bürgermeister Wokral eröffnet mit Konstatierung der Beschlußfähigkeit des Gemeinderates die Sitzung.

Sodann wird in die Behandlung des zuletzt rückgestellten Punktes **15. Benennung der Straßen auf der hohen Ennsleite** eingegangen.

Referent Herr G.-R. Fischer.

Als Straßennamen kommen folgende in Vorschlag: Schosser-Straße, Bruckner-Straße, Konrad Deubler-Straße, Kernstock-Straße, Viktor Adler-Straße, Peter Rosegger-Straße, Arbeitergasse, Schulstraße, Republikstraße, Marx-Straße und Ennsleitenstraße.

Herr G.-R. Kratochwill beantragt die Namen Schiller-Straße, Goethe-Straße, ev Lessing-Straße.

Ueber den Antrag des Herrn G.-R. Kratochwill leitet der Herr Vorsitzende die Abstimmung ein und wird der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Herr G.-R. Witzany beantragt statt Kernstock-Straße Schiller-Straße zu wählen.

Dieser Abänderungsantrag wird einhellig angenommen, ebenso wird der Antrag des Herrn Referenten mit Mehrheit angenommen.

II. Sektion.

Referent Herr G.-R. Ruckerbauer.

18. und 19. Stadtkassatagebuchabschluß pro Juli und August 1919.

Zl. 196/26332 Stadtbuchhaltung Steyr

Ausweis

über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkassa Steyr pro 1. Jänner bis 31. Juli 1919.

Rubrik Nr.	Benennung	Einnahmen: Prälimin. 1919 K	h	Summe I. Semester 1919 K	h	Juli K	h	Summe 1./1.–31./7. 1919 K	h	Ausgaben: Prälimin. 1919 K	h	Summe I. Semester 1919 K	h	Mai K	h	Summe 1./1.–31./7. 1919 K	h
I.	Gemeindevermögen	528.927	—	159.970	07	19.552	79	179.522	86	592.739	—	254.439	07	157.513	49	411.952	56
Ia.	Kreditoperationen	—	—	320.009	63	450.009	90	770.019	53	—	—	647.800	—	30.000	—	677.800	—
II.	Gebäude und Grundbesitz	42.200	—	13.483	69	2.106	68	15.590	37	94.917	—	21.902	33	11.113	02	33.015	35
III.	Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte	16.311	—	5.967	68	782	73	6 750	41	19.806	-	2.006	30	1.816	70	3.823	—
IV.	Gemeindeverwaltung	7.600	—	8.671	97	891	43	9.563	40	423.191	—	289.797	60	227.131	86	516.929	46
V.	Sicherheitswesen	4.100	—	340	44	—	—	340	44	282.255	—	123.953	67	65.826	61	189.780	28
VI.	Oeffentliche Arbeiten	72.600	—	8.357	78	21.704	41	30.062	19	604.947	—	228.110	13	71.866	50	299.976	63
VII.	Gesundheitswesen u. städt. Lebensmittel-Versorg.	5,002.600	—	843	60	178	80	1.022	40	5,032.884	—	26.016	64	8.324	23	34.340	87
VIII.	Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft	27.698	—	116	—	—	—	116	—	204.302	—	108.495	17	46.893	30	155.328	47
IX.	Militärangelegenheiten	173.467	—	45.527	53	2	88	45.530	41	225.287	—	109.870	20	89.329	60	199.199	80
X.	Armenwesen	25.000	—	18 401	44	6.543	52	24.944	96	107.000	—	57 000	—	10.000	—	67 000	—
XI.	Verschiedenes	500	—	1.121	45	240.794	80	241.916	25	485.643	—	29.149	—	421	55	29.570	55
XII.	Gemeindebesteuerung	2,445.000	—	1,334.757	48	26·082	88	1,360.840	36	240.370	—	4.342	62	1.285	10	5.627	72
	Summe	8,346.003	—	1,917.568	76	768.650	82	2,686.219	58	8,313.341	—	1,902.882	73	721.461	96	2,624.344	69
	Hiezu Kassarest vom Vormonat per			—	—	14.686	03	—	—								
	Summe der Einnahmen			1,917.568	76	783.336	85	2,686.219	58								
	ab die Ausgaben per			1,902.882	73	721.461	96	2,624.344	69								
	verbleibt ein Kassarest für den folgenden Monat per			14.686	03	61.874	89	61.874	89								

Stadtbuchhaltung Steyr

18. August 1919.

Markut.

Zl. 27.986 Stadtbuchhaltung Steyr

Ausweis

über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkassa Steyr pro 1. Jänner bis 31. August 1919.

Rubrik Nr.	Benennung	Einnahmen: Prälimin. 1919 K	h	Summe 1./1.—31./7. 1919 K	h	August K	h	Summe 1./1.—31./8. 1919 K	h	Ausgaben: Prälimin. 1919 K	h	Summe 1./1.—31./7. 1919 K	h	August K	h	Summe 1./1.—31./8. 1919 K	h
I.	Gemeindevermögen . .	528.927	—	179.522	86	74.432	84	253.955	70	592.739	—	411.952	56	19.032	06	430.984	62
Ia.	Kreditoperationen . . .	—	—	770.019	53	1,300.000	—	2,070.019	53	—	—	677.800	—	450.000	—	1,127.800	—
II.	Gebäude und Grundbesitz	42.200	—	15.590	37	3.473	27	19.063	64	94.917	—	33.015	35	3 958	45	36.973	80
III.	Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte . . .	16.311	—	6.750	41	1.490	34	8.240	75	19.806	—	3.823	—	163	15	3.986	15
IV.	Gemeindeverwaltung . .	7.600	—	9.563	40	6.892	88	16.456	28	423.191	—	516.929	46	136.602	13	653 531	59
V.	Sicherheitswesen . . .	4.100	—	340	44	300	70	641	14	282.255	—	189.780	28	30.607	71	220.387	99
VI.	Oeffentliche Arbeiten . .	72.600	—	30.062	19	2.148	09	32.210	28	604.947	—	299.976	63	44.720	42	344.697	05
VII.	Gesundheitswesen u. städt. Lebensmittel-Versorg. .	5,002.600	—	1.022	40	178	90	1.201	30	5,032.884	—	34.340	87	6.399	49	40.740	36
VIII.	Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft . .	27.698	—	116	—	40	—	156	—	204.302	—	155.328	47	38.932	05	194.260	52
IX.	Militärangelegenheiten .	173.467	—	45.530	41	7	92	45.538	33	225.287	—	199.199	80	6.580	36	205.750	16
X.	Armenwesen	25.000	—	24.944	96	3.791	21	28.736	17	107.000	—	67.000	—	10.000	—	77.000	—
XI.	Verschiedenes	500	—	241.916	25	83	60	241.999	85	485.643	—	29.570	55	1.748	30	31.318	85
XII.	Gemeindebesteuerung . .	2,445.000	—	1,360.840	36	106.177	20	1,467.017	56	240.370	—	5.627	72	840	04	6.467	76
	Summe . .	8,346.003	—	2,686.219	58	1,499.016	95	4,185.236	53	8,313.341	—	2,624.344	69	749.584	16	3,373.928	85
	Hiezu Kassarest vom Vormonat per			—	—	61.874	89	—	—								
	Summe der Einnahmen .			2,686.219	58	1,560 891	84	4,185 236	53								
	ab die Ausgaben per .			2,624.344	69	749.584	16	3,373.928	85								
	verbleibt ein Kassarest für den folgenden Monat per			61.874	89	811.307	68	811.307	68								

Stadtbuchhaltung Steyr

1. September 1919.

Markut.

Der Gemeinderat nimmt die Abschlüsse zur Kenntnis.

20. Bericht über den Eingang an Lustbarkeitssteuer im II. Semester 1918.

Wird zur Kenntnis genommen.

21. Beschlußfassung betreffend Subventionierung des deutschen Volksrates aus Gemeindemitteln.

Referent Herr G.-R. Ruckerbauer.

Zu diesem Punkte beantragt die Sektion, daß die Angelegenheit vorderhand in Schwebe gelassen werde, weil der Verein schon bis Ende d. J. subventioniert ist und zur weiteren Beschlußfassung ein Tätigkeitsbericht des Vereines abgewartet werden soll.

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen.

22. Rechenschaftsbericht des Musealvereines.

Referent Herr G.-R. Ruckerbauer.

Der Musealverein hat einen umfassenden Jahresbericht übersendet und beantragt die Sektion, diesen Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen und sowohl Herrn Direktor Kautsch sowie dessen Gemahlin den wärmsten Dank für ihre Mühewaltungen zum Ausdrucke zu bringen.

Angenommen.

23. Antrag auf Schaffung einer städtischen öffentlichen Volksbücherei.

Dieser Punkt wird behufs Rücksprache mit den Ausschußmitgliedern des deutschen Volksvereines über die Uebergabe der Volksbücherei zurückgestellt. Die Herren Gemeinderäte Witzany und Krottenau werden zur Rücksprache ermächtigt.

24. Unterstützungsansuchen.

Referent Herr G.-R. Schwandtner.

a) Ansuchen des Verschönerungsvereines um Unterstützung.
Der Gemeinderat bewilligt auch diesmal eine Unterstützung von 1000 K.
Angenommen.

b) Ansuchen des Gabelsberger Stenographenvereines um eine Unterstützung.
Der Gemeinderat bewilligt pro 1919 eine Unterstützung von 100 K.

c) Ansuchen des Vereines zur Unterstützung deutscher Hochschüler.
Der Gemeinderat bewilligt die alljährliche Beitragsleistung von 6 K.

III. Sektion.

34. Genehmigung der Benützung von Grundparzellen zur Aufstellung von Masten zwecks elektrischer Leitungsführung.

Referent Herr G.-R. Dr. Furrer.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat bewillige die Aufstellung der beiden Maste und Umlegung eines Birnbaumes zum Betrage von 60 bezw. 40 K, zusammen 100 K, wobei sich die Stadtgemeinde ausbedingt, daß für den Fall, als dieses Gebiet der Verbauung unterzogen werden sollte, die Umlegung der Leitung im Einvernehmen mit der Tramway- und Elektrizitäts-Gesellschaft Platz zu greifen habe.

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen.

35. u. 36. Genehmigung der Herstellung eines Kanales in der Schweizergasse bis zum Anschlusse an die Mayrstiege und Ansuchen des Bundes deutscher Festbesoldeter um Uebernahme des Privatweges im Zuge der verlängerten Gabelsbergerstraße gegen Ausführung einer Kanalisierung ihres Hauses Nr. 9 in der Schweizergasse werden vereinigt behandelt.

Referent Herr G.-R Dr. Furrer.

Der Sektionsantrag auf Grund der in der Sektion eingehend beratenen Offerte lautet:

Der Gemeinderat beschließe, die Errichtung eines Kanales in der Schweizergasse und verlängerten Gabelsbergerstraße dem Bauunternehmer Franz Hingerl auf Grund seiner Offerte vom 10. Sept. l. J. und die Herstellung der Wasserleitung und Installation Herrn Leopold Schloßgangl auf Grund seiner Offerte vom 4. September zu übertragen und die hiefür erforderlichen Kosten im Betrage von K 56.600·— zu bewilligen; hingegen das Anbot der Wirtschaftsgenossenschaft des Bundes der deutschen Festbesoldeten in Steyr auf Uebernahme der Parzelle Nr. 1321/4 in das öffentliche Gut gegen die Verpflichtung, ihr den Hauskanal in ihrer Liegenschaft Haus Nr. 9 in der Schweizergasse auf Kosten der Gemeinde zu legen, abzulehnen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

37. Ansuchen um Bewilligung der Aufstellung von Verkaufsbuden Ecke Sierningerstraße—Frauengasse.

Referent Herr G.-R. Aigner.

Der Invalide Ferdinand Sandmayr hat um die Bewilligung angesucht, an der Ecke der Sierningerstraße—Frauengasse nach der beilegenden Skizze eine Verkaufshütte aufstellen zu dürfen. Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, die Errichtung einer Verkaufsbude Ecke Sierningerstraße—Frauengasse den Bewerbern Ferdinand und Josefine Sandmayr ausnahmsweise und gegen Widerruf bei Entrichtung eines Anerkennungszinses im Betrage von fünf Kronen jährlich zu bewilligen.

Herr G.-R. Dr. Furrer verweist darauf, daß die Bewilligung nur ausnahmsweise erteilt wird; gegen die Errichtung dieser Zuckerstanderl ergibt sich auch ein sanitäres Bedenken, so daß hier eine Einschränkung Platz zu greifen haben wird.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer bemerkt hiezu, daß die Zuckerstanderl fast schon aus der Erde wachsen; auch der Wirtschaftsrat habe sich mit dieser Frage schon beschäftigt, und herrscht in der Bevölkerung vielfach die Ansicht, sie bekomme keinen Zucker, während der Staat zur Zuckerlerzeugung Zucker genug habe. Es müsse diese Ansicht dahin richtig gestellt werden, daß alle diese Zuckerwaren aus Böhmen eingeführt werden; die

Tschechen geben uns keinen Zucker, dafür trachten sie aber den Zucker auf diese Art teuer anzubringen. Durch diese Zuckerstanderl bezw. durch die teueren Zuckerwaren wird das Publikum geschröpft und soll tatsächlich hier eine Einschränkung eintreten.

Herr Referent G.-R. Aigner stimmt diesen Ausführungen zu und haben sich speziell die Zuckerbäcker gegen diese Zuckerstanderl aufgehalten; im gegenwärtigen Falle handelt es sich um einen Invaliden, der ein anderes Geschäft nicht mehr besorgen kann, weshalb die Sektion auch von einer ausnahmsweisen Bewilligung spricht. Anders ist es mit anderen bestehenden Geschäften, die neuestens nebenher den Verkauf von Zuckerwaren betreiben. In ein Glaswarengeschäft paßt absolut kein Zuckerlgeschäft; hier sollte entschieden Remedur geschaffen werden.

Herr G.-R. Witzany beanständet, daß durch die beabsichtigte Aufstellung der Hütte eine Straßenverengung stattfindet; es wolle daher eine Rückverlegung erfolgen.

Dieser Ansicht schließt sich Herr G.-R. Schickl an, da die Hütte sonst eine Verkehrsstörung bedeutet und eine solche bei unseren engen Straßen auf alle Fälle zu vermeiden ist.

Herr Bürgermeister Wokral bemerkt, daß es sich bei den Zuckerstanderln um Personen handelt, die auf Grund der freien Gewerbeberechtigung das Recht besitzen, diesen Handel auszuüben, daß also hier in gewerblicher Beziehung kein Recht der Gemeinde vorwalte, eine Einschränkung eintreten lassen zu können. Anders verhält es sich mit der Bewilligung der Aufstellung von Ständen, deren Bewilligung der Gemeinde vorbehalten bleibt.

Der Sektionsantrag wird hierauf vom Gemeinderate angenommen.

IV. Sektion.

38. Stellungnahme zur Entschließung der Elternversammlung des Mädchenlyzeums betreffend Uebernahme der Anstalt in städtische Verwaltung.

Referent Herr Vizebürgermeister Dedic.

Bezugnehmend auf einen letzten Gemeinderatsbeschluß hat sich auch eine Elternversammlung mit der Uebernahme des Mädchenlyzeums in städtische Verwaltung beschäftigt und eine Entschließung angenommen, in welcher das Bedauern ausgedrückt wird, daß sich der Gemeinderat noch nicht entschließen konnte, die Uebernahme des Mädchenlyzeums in städtische Verwaltung in die Tat umzusetzen und gebeten wird, möglichst bald den grundsätzlich gefaßten Beschluß des Gemeinderates zu verwirklichen.

Die Sektion beantragt hiezu: Der Gemeinderat beschließe, nach Durchführung der Schulreform ist das Mädchenlyzeum in städtische Verwaltung zu übernehmen.

Angenommen.

39. Eingabe der Schulleitungen wegen Erhöhung der Pauschalien. 23571

Zu diesem Punkte sind mehrere Gesuche eingelangt, mit welchen sich auch der Stadtschulrat beschäftigte und eine 100 prozentige Erhöhung befürwortet. Die Sektion beantragt: Der Gemeinderat beschließe, es wird eine 100 prozentige Erhöhung sämtlicher Pauschalien bewilligt.

Angenommen.

40. Wiederverleihung der Anton Rosenauer-Pfründe.

Es sind 960 *K* zu vergeben, über deren Vergebung die Sektion beantragt: Der Gemeinderat beschließe, es sind die Bittsteller Aigner Anna, Vögl Therese, Danspeckgruber Johanna, Grundböck Theresia, Mühlberger Barbara, Nagenkögl Marie, Pichler Marie und Stelzlmayr Elise, welche bisher im Bezuge einer Anton Rosenauer-Pfründe gestanden sind, neuerlich aus dieser Stiftung zu beteilen. 27610

Angenommen.

41. Schaffung von Stipendien für Lehrpersonen zur Ausbildung im Jugendfürsorgewesen. 30856

Zu diesem Punkte liegt eine Zuschrift des Jugendamtes vor, welche die Notwendigkeit der Schaffung von Stipendien zum Besuche von Propagandazwecken begründet.

Die Sektion beantragt: Der Gemeinderat beschließe, 1. Es werde ein Betrag von 2000 *K* für das Jahr 1919 zur Schaffung von Stipendien für den nachgesuchten Zweck bewilligt, da mit einem Stipendienbetrage von 100 *K* nicht das Auslangen gefunden werden kann. 2. Die Festsetzung der Höhe eines derartigen Stipendiums aus dem Betrage von 2000 *K* bleibt in jedem einzelnen Falle dem Ermessen des Stadtschulrates Steyr überlassen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

42. Ansuchen um Unterstützung aus der Gremialkrankenkasse.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, dem Bittsteller Josef Moser wird ein Betrag von 100 *K* aus der Gremialkrankenkassastiftung bewilligt.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

Herr Vizebürgermeister Dedic bringt dem Gemeinderate als Mitteilung den Beschluß der IV. Sektion, die dem Frl Liebscher gehörigen Inventargegenstände für den städt. Kindergarten um 500 *K* zu übernehmen und den Beschluß auf Erwerbung von 50 Patrontaschen zur Vornahme von Armenschuhreparaturen zur Kenntnis.

Wird zur Kenntnis genommen.

Herr G.-R. Lebeda frägt an, was es mit dem in der letzten Sitzung vertagten Beschluß wegen des Eislaufplatzes bei der Industriehalle sei

Herr Bürgermeister erwidert, daß der Akt beim Referenten Herrn G.-R. Frühwald sei und daher heute nicht behandelt werden könne und die Beratung der nächsten bald stattfindenden Gemeinderatssitzung vorbehalten bleiben müsse.

Herr G.-R. Witzany ersucht, das Bauamt zu beauftragen, auf die Straßenreinigung ein besonderes Gewicht zu legen.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer erwidert, daß dies bereits geschehen und das Stadtbauamt ermächtigt sei, die erforderlichen Arbeitskräfte hiezu aufzunehmen, was jedoch äußerst schwierig ist, da Leute nicht zu bekommen sind.

Herr G.-R. Dr. Furrer erinnert an den Gemeinderatsbeschluß, wenigstens die Pfarrgasse einer Neupflasterung zu unterziehen und ersucht um ehemöglichste Durchführung derselben.

Herr G.-R. Schickl verweist darauf, daß seinerzeit fünf Kriegsgefangene die Straßenreinigung ganz gut versorgt haben und fünf Mann auch heute leicht diese Arbeiten verrichten könnten.

Herr Baurat Mlinarszik bemerkt hiezu, daß die Pflasterungsarbeiten an die Firma Schleptzka bereits vergeben seien, daß aber mit den Arbeiten aus dem Grunde gezögert wurde, als der Kanal in der Pfarrgasse so seicht liege, daß bei Durchführung der Arbeiten ein Einsturz des Kanales befürchtet wird; es müsse daher eine Untersuchung vorausgehen.

Herr G.-R. Steinbrecher ersucht, wenigstens den Stiegenaufgang zur Ennsleite einzudecken, da im Winter das Passieren der Stiege direkt lebensgefährlich ist.

Herr Bürgermeister Wokral versichert, mit der Waffenfabrik als Eigentümerin der Stiege ein diesbezügliches Einvernehmen zu pflegen.

Herr G.-R. Neuhold ersucht um Herstellung eines Weges bezw. Straße im Eysnfeld, rechts der Steyr, wo vor 50 oder 100 Jahren schon ein Weg gegangen sei, dadurch würde eine Entlastung der Kirchengasse und Sierningerstraße stattfinden.

Herr Bürgermeister Wokral erwidert, daß dies ein gewaltiges Problem bedeute, welches für die Gemeinde auch finanziell schwer treffen würde, das jedoch wie andere Projekte als dermalen nicht durchführbar zu bezeichnen, aber sicherlich im Auge behalten werden wird.

Herr G.-R. Rudda frägt, was aus seinem Antrage wegen Sicherstellung der Obsternte geworden sei.

Wurde dem Wirtschaftsrate überwiesen.

Herr G.-R. Schickl beschwert sich über die teueren Preise der Marmelade, worauf Herr Bürgermeister erwidert, daß die Preise für Marmelade festgesetzt sind. Was die Obsternte betrifft, so habe in Grünburg vor längerer Zeit eine Verhandlung stattgefunden, an welcher auch Herr Magistratsdirektor Dr. Habl teilnahm; es wurde dort ein Einvernehmen dahin erzielt, daß vorerst eine Deckung der Stadt Steyr in Obst stattfinden müsse; erst das, was übrig bleibe, könne für andere Zwecke verwendet werden.

Herr G.-R. Aigner bemerkt, daß unser Wochenmarkt schon zur Lächerlichkeit herabgesunken sei; während man in Linz den ganzen Markt beschickt sehe, sei in Steyr überhaupt nichts zu bekommen. Die Linzer ziehen alles an sich. Die Kaufmannschaft in Steyr möge sich um den Einkauf besser kümmern. Was in Linz möglich ist, muß auch in Steyr möglich sein.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer erwidert, daß es sich in Linz nicht um einheimisches, sondern um ausländisches Obst handle; es sei Sache der Kaufmannschaft, dahin zu trachten, daß etwas in den Handel komme. Betreffend die Marmeladeerzeugung in Grünburg sei dieselbe von der Landesregierung direkt verboten worden; die Bauern wollen uns auch keinen Most liefern, weil sie ihn in Niederösterreich viel teurer anbringen. Die Bauern hungern uns einfach aus; um Geld verkaufen sie ihr ganzes Vaterland.

Herr G.-R. Eisterlehner ersucht, die Lampe in der Enge so anzubringen, daß auch die Goldschmiedgasse beleuchtet werde.

Die Instandsetzung wird zugesagt.

Herr G.-R. Schickl frägt an, wie es kommen konnte, daß Gemüse, bevor es an den Mann gebracht wurde, verfaulen mußte.

Herr G.-R. Steinbrecher erwidert, daß der Gemeinde kein Gemüse verfault sei, sondern es sich hier um Gemüse handelt, welches aus der Tschecho-Slowakei im verfaulten Zustande hier angekommen ist. Der Stadt ist nichts zugrundegegangen, daß muß öffentlich konstatiert werden.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung um ¾5 Uhr geschlossen.

Der Vorsitzende:

Wokral

Die Beglaubiger:

Der Schriftführer:

Tagblatt-Druckerei, Steyr.